
Gerechtigkeitslücken im Rentenrecht nicht beseitigt, Leistungen Ostdeutscher weiter entwertet

Von einer ignoranten und arroganten Haltung insbesondere der Abgeordneten der großen Koalition spricht Dieter Hausold angesichts ihrer Ablehnung der Anträge der LINKEN zur Beseitigung bestehender Ungerechtigkeit im Rentenrecht.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hatte heute in Berlin 17 Anträge zur namentlichen Abstimmung vorgelegt. Nach fast 20 Jahren deutscher Einheit sollten Rentenungerechtigkeiten endlich abgeschafft werden. Betroffen sind u.a. Krankenschwestern, Beschäftigte der Bahn und der Post, Balletttänzer und in der DDR geschiedene Frauen. Darüber hinaus steht die überfällige Angleichung der Rentenwerte Ost an West an.

Die Ablehnung der seit Jahren geforderten Rentenrechtsregelungen sei "ein Schlag ins Gesicht auch vieler Thüringer Bürgerinnen und Bürger", betont der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag. Die Betroffenen würden geradezu verhöhnt, wenn zeitgleich Vertreter von CDU und SPD wahlkämpfend durchs Land zögen und Bürgern, Vereinen und Verbänden in dieser Ab gelegenheit Unterstützung zusicherten. Daran änderten auch die zahlreichen, heute im Bundestag abgegebenen persönlichen Erklärungen nichts. "Es ist skandalös, dass es die Mehrheit der Thüringer Bundestagsabgeordneten nicht geschafft hat, über ihren Schatten zu springen, um die akuten Probleme aus der Rentenüberleitung ein für allemal zu klären", unterstreicht Dieter Hausold. "Sie tragen Mitverantwortung dafür, dass die Entwertung von Leistungen Ostdeutscher andauert."